



# Der Wolfsangriff

Die widersprüchliche Attacke  
der SVP-Bauernvertreter **Franz  
Locher, Manfred Vallazza**  
und **Josef Noggler** gegen  
die Landesregierung.

SEITE 3





# Unter Beschuss

Die **SVP-Bauern** werfen der **Landesregierung** im Kampf gegen den **Wolf Untätigkeit** vor. Wie LR Arnold Schuler auf die Querschüsse aus den eigenen Reihen reagiert.

von Matthias Kofler

**A**ls Arnold Schuler beim Surfen im Internet auf die neueste Pressemitteilung seiner Fraktionskollegen stieß, traute er seinen Augen nicht. „Wenn etwas ausgemacht wurde, dann sollten sich alle daran halten“, ärgert sich der Landwirtschaftslandesrat.

Um 9:57 Uhr verschickten die SVP-Bauern Sepp Noggler, Franz Locher und Manfred Vallazza gestern über den Verteiler der Landtagsfraktion ein Kommuniqué, in dem sie harsche Kritik an der Landesregierung üben. Anlass sind die vermehrten Risse durch Wölfe, die laut Noggler und Co. bei den betroffenen Bauern und Tierzüchtern zu großem Unverständnis, Unmut und Ärger führen. Der Tenor der Pressemitteilung: „Obwohl der Landtag vor zwei Monaten ein Gesetz zu Weideschutzgebieten und zu Maßnahmen zur Entnahme von Wölfen genehmigt hat und in der Nachbarprovinz Trent bereits erste Abschüsse mittels Verordnung freigegeben wurden, passiert in Südtirol nichts.“

Harter Tobak!

Der Vinschiger SVP-Abgeordnete und langjährige Schuler-Verbündete Sepp Noggler geht mit der Landesregierung (und mit dem zuständigen Landesrat) besonders hart ins Gericht: „Es muss endlich etwas geschehen. Wir können nicht weiter zuschauen.“ Er erinnert daran, dass der Trentiner LH Maurizio Fugatti (Lega) erst kürzlich die ersten Abschüsse von Problemwölfen freigegeben habe – und dies mit dem Plazet der ISPRA (Höhere Anstalt für Umweltschutz und Forschung). Auch das Verwaltungsgericht Trient habe Rekurrenz von Tierschutzbereichen abgelehnt. Südtirol sollte aus Sicht der SVP-Bauern dem Trentiner Beispiel folgen. Mit dem neuen Wolf-Gesetz wird der Landeshauptmann ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen gezielte Maßnahmen zur Entnahme von Problemwölfen zu ergreifen, auch im Dringlichkeitswege. „Auch wenn die entsprechenden Durchführungsbestimmungen in Südtirol noch nicht erlassen worden sind, können nicht nur in Trient, sondern auch in unserem Land unter Einhaltung der vorgeschriebenen Vorgehensweise Abschüsse getötet werden. Die Zeit ist mehr als überreif. So kann es und darf es nicht mehr weitergehen. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, die neuen gesetzlichen Mög-



Foto: Symbolfoto © 123RF.com

lichkeiten endlich zu nutzen. Irgendwann ist einfach genug“, wettern der Sarner Locher und der Gadertaler Vallazza.

Landesrat Schuler zeigt sich über die Querschüsse aus den eigenen Reihen mehr als verwundert. Die Landesregierung verfolge im Kampf gegen den Wolf genau jene Strategie, die man mit dem Bauernbund vereinbart habe, betont der Burggräfler SVP-Politiker. Das heißt: Man wartet die Entscheidung der römischen Regierung ab,

**Wolf, Arnold Schuler gegen Sepp Noggler:** Wer hält sich nicht an Abmachung?



rats, auf der die Marschrichtung festgelegt wurde, waren auch die drei SVP-Bauern anwesend, die dem Landesrat jetzt Untätigkeit vorwerfen. „Deshalb wundert mich diese Pressemitteilung doppelt und dreifach“, sagt Schuler, fügt aber gleich hinzu: „In der Politik, besonders in Wahlkampf-Zeiten, darf dich eigentlich nichts mehr wundern.“

**„Auch der Bauernbund ist der Auffassung, dass wir in dieser Phase die Regierung in Rom möglichst nicht zu einem Einspruch provozieren sollten.“**

Arnold Schuler

die voraussichtlich noch in dieser Woche über eine etwaige Anfechtung des Südtiroler Wolf-Gesetzes befindet. Gleichzeitig arbeitet man die erforderliche Durchführungsverordnung aus, um Maßnahmen gegen das Großraubwild setzen zu können. „Auch der Bauernbund ist der Auffassung, dass wir in dieser Phase die Regierung in Rom möglichst nicht zu einem Einspruch provozieren sollten“, erklärt der Landesrat.

Brisant: Beim gemeinsamen Mittagessen von Schuler mit der SBB-Spitze und der anschließenden Sitzung des Landesbauern-

In Schulers Augen verschweigen die SVP-Landwirtschaftsvertreter in der hitzigen Debatte vor allem einen wichtigen Aspekt: Es stimme zwar, dass Südtirol die gleichen Voraussetzungen wie Trent habe. „Doch im Gegensatz zum Trentino – und das predige ich schon seit Jahren – fehlen bei uns die Herdenschutzmaßnahmen“, so der Landesrat. Das ISPRA setzt für eine Wolfentnahme voraus, dass drei Kriterien erfüllt werden: Erstens muss es sich um eine außergewöhnliche Situation handeln, was im Trentino, wo innerhalb kürzester Zeit 16 Rin-

der und zwei Esel gerissen wurden, der Fall ist. Zweitens muss der gute Erhaltungszustand des Wolfes aufrecht bleiben. Im Trentiner Fall ist dieser mit der Entnahme von zwei Problem-Wölfen nicht gefährdet. Und drittens müssen aktiv Herdenschutzmaßnahmen angewandt werden. Im Trentino haben die beiden Wölfe, die jetzt zum Abschuss freigegeben wurden, die Zäune überwunden, weshalb das ISPRA die Entnahme als verhältnismäßig eingestuft hat. „Wir in Südtirol haben, was die Herdenschutzmaßnahmen betrifft, hingegen wenig vorzuweisen. Deshalb gehen wir den Zusatzweg, indem wir Zonen ausweisen, in denen Herdenschutzmaßnahmen schlichtweg nicht umsetzbar sind“, erklärt Schuler. Die Landesregierung jedenfalls werde ihren Weg trotz der politischen und medialen Querschüsse unbeirrt weitergehen.